

***Beteiligung schafft Sicherheit***

von

**Monika Dehmel  
Gregor Dehmel**

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):  
Engagierte Bürger - sichere Gesellschaft  
Ausgewählte Beiträge des 13. Deutschen Präventionstages  
Forum Verlag; Auflage: 1 (4. Dezember 2009), Seite 251-272

ISBN 3936999619 (Printausgabe)  
ISBN 978-3936999617 (E-Book)

**Monika Dehmel / Gregor Dehmel**

## **Beteiligung schafft Sicherheit**

### **Ein illustrierter Parforceritt durch die Praxis von Teiligungsprojekten**

#### **1. Warum die Prävention das Rad gerade neu erfindet.**

Schaut man sich die Debatte der letzten Jahre um die Beteiligung an der Prävention einmal von außen an, so entdeckt man kuriose Gemeinsamkeiten mit den Diskussionen um die demokratische Teilhabe und Bürgerbeteiligungen in der Politik – allerdings muss man schon ein wenig tiefer in die Archive steigen, denn diese Diskussionen sind teilweise schon vor 30 Jahren geführt worden (dauern allerdings bis heute an).

Wer wann mitreden darf und mit welcher Legitimation beherrscht die Debatten der 70er und 80er Jahre und die Diskussion um die Bürgergesellschaft hat selbst bis heute nicht endgültig die Frage geklärt, wie sich Beteiligung eigentlich in einer parlamentarischen Demokratie legitimiert. Plötzlich wollen alle mitreden – sogar im Präventionsrat! Wo kommen wir denn da hin? Und was haben diese neuen, selbsternannten „Experten“ zur Arbeit der Profis beizutragen? Wie geht das überhaupt, wenn Menschen ohne näheren fachlichen Hintergrund mitarbeiten?

Wir möchten diesen Ängsten entgegentreten und sagen: es geht.

Nehmen wir das Beispiel der Kommunalpolitik: Überspitzt gesagt sind dort das Wissen und die Entscheidung voneinander strikt getrennt: hauptamtliche Experten (Verwaltung) arbeiten nach den Wünschen ehrenamtlicher Entscheider (Politik) – Menschen, die als Hobby-Milliardenetats verantworten und für tausende Mitarbeiter Personalverantwortung übernehmen.

Es kann also wirklich funktionieren.

In unserer Arbeit als Partizipationsberater – schon das Vorhandensein einer solchen Profession zeigt, dass das mit dem Mitreden nicht immer einfach ist und auch nicht immer rund läuft – stoßen wir immer wieder auf die gleichen Fragen und können ähnliche Antworten geben.

#### **2. Was Partizipationsberater machen.**

Beteiligen heißt abgeben. Man kann nicht mehr allein entscheiden. Dafür bekommt man Wissen, auf das man sonst keinen Zugriff hätte. Und der, der beteiligt wird, darf mitreden, wo er sonst nicht mitreden dürfte. Ein simples Geschäft, im Idealfall zur beiderseitigen Zufriedenheit – neudeutsch nennt man so etwas wohl eine Win-Win-Situation.

Wir Partizipationsberater sind so etwas wie die Geburtshelfer in diesem Prozess, manchmal auch Schiedsrichter, Ringrichter oder Löwenbändiger. Oft allerdings sind wir auch Lehrer, denn Beteiligten und sich Beteiligten muss man lernen. In der Kita? In der Kita wird bestimmt, in welche Gruppe Du kommst und wenn Deine Gruppe bastelt, bastelst Du auch. Und wenn Du lieber draußen spielen möchtest? In den meisten Fällen: Fehlanzeige! In der Schule? Deutschunterricht ist Deutschunterricht. Wie sieht mein Schulhof aus? Wie mein Stundenplan? Das kann ich nicht selber bestimmen, das wird für mich entschieden.

Und im Heimbeirat, Betriebsrat, Personalrat, im Verkehrsforum oder beim Bürgerhaushalt soll man plötzlich mitreden dürfen und mitbestimmen können? Nicht einfach, wenn man keine Übung darin hat.

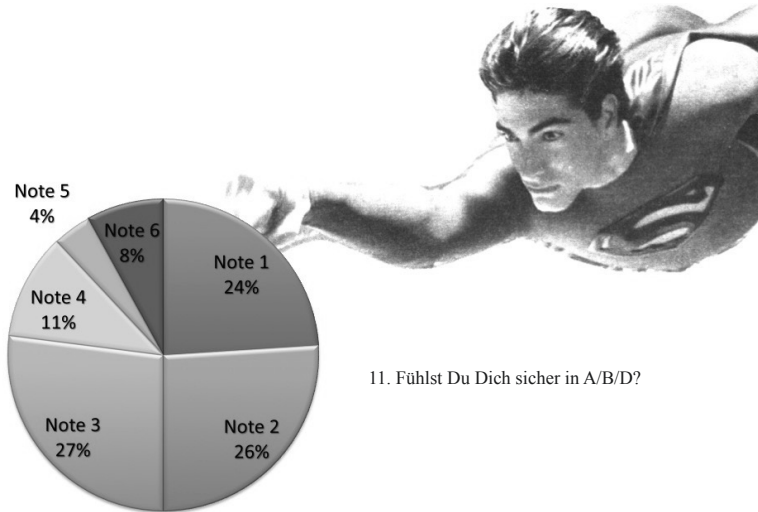
Hier kommt der Verein Politik zum Anfassen e.V. ins Spiel, für den wir etliche Projekte entwickelt und durchgeführt haben. „Politik zum Anfassen“ heißt, Politik erfahrbar und damit verständlicher zu machen – um die Mittel und Wege kennenzulernen, sich einzumischen und zu beteiligen. In Planspielen lernen Schülerinnen und Schüler Möglichkeiten und Chancen, aber auch Grenzen und Abhängigkeiten der Politik kennen.



### **3. Wie die Partizipationsberater zur Prävention kommen.**

In einem unserer Projekte, der „Umfrage1417“, erforscht eine Klasse das Freizeitverhalten und die Lebensqualität von Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren im Stadtteil. Die SchülerInnen entwickeln die Umfrage, befragen Gleichaltrige, werten die Daten aus, interpretieren sie und präsentieren die Ergebnisse.

Eine Frage war den Jugendlichen dabei immer wichtig: die Frage nach der Sicherheit. In allen Bezirken, Städten und Gemeinden, über alle Schulformen und sozialen Gegebenheiten hinweg spielt für die jungen Menschen die Sicherheit eine herausragende Rolle und jeder hatte auch gleich Ideen, wie die Sicherheit im Stadtteil zu verbessern wäre.



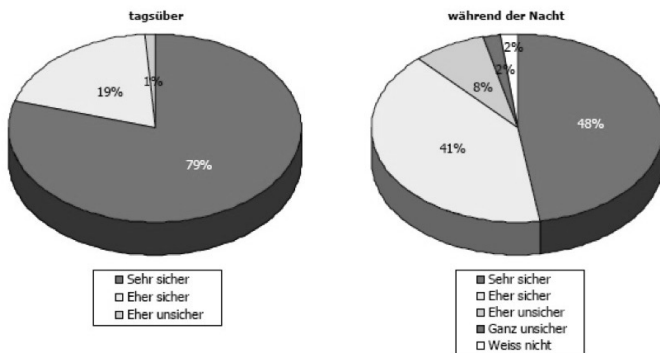
11. Fühlst Du Dich sicher in A/B/D?

*(Präsentation Politik zum Anfassen e.V.)*

Denn in der Wahrnehmung der Jugendlichen ist es um die Sicherheit nicht immer gut bestellt – ob im bürgerlichen Altbauwohnungs-Stadtteil List oder in anderen Gegenden, wie dieses Beispiel aus Ahlem zeigt.

Damit fühlen sich Jugendliche in ihrer Wohnung Umgebung erheblich unsicherer als Erwachsene, wie dieses typische Beispiel zeigt.

Frage 3: Meine nächste Frage betrifft Ihre eigene Sicherheit draussen, also nicht in Ihrer Wohnung. Wie sicher fühlen Sie sich?

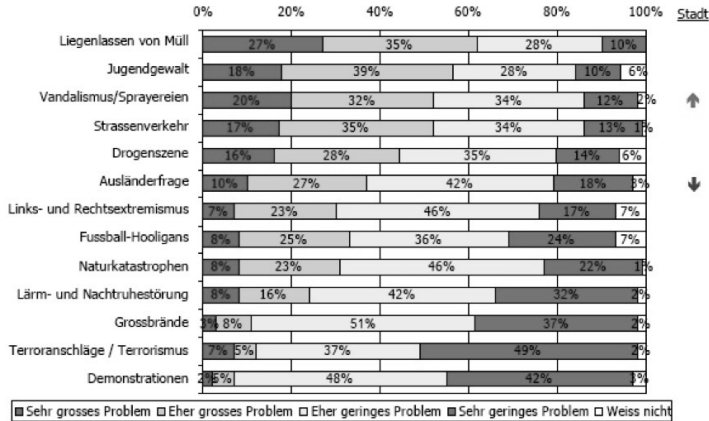


Basiz: 700

*([http://www.demoscope.ch/upload/docs/PDF/Abschlussbericht\\_KAPO.pdf](http://www.demoscope.ch/upload/docs/PDF/Abschlussbericht_KAPO.pdf))*

Aber Moment mal – sind nicht die Jugendlichen in vielen Studien überhaupt der Grund für Unsicherheit von Erwachsenen? Die Top-3 in Luzern: Müll, Jugendliche, Sprayen (also auch Jugendliche).

Frage 11: Ich lese Ihnen nun einige Bereiche vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diese Bereiche in Luzern als sehr grosses, eher grosses, eher geringes oder als sehr geringes Problem einstufen.



Basis: 700

([http://www.demoscope.ch/upload/docs/PDF/Abschlussbericht\\_KAPO.pdf](http://www.demoscope.ch/upload/docs/PDF/Abschlussbericht_KAPO.pdf))

Doch die Einschätzung der Jugendlichen selbst deckt sich dabei mit ihrer tatsächlichen Gefährdung.

Tabelle 1: Opfer einer Straftat nach Alter

	TOTAL	15-34 Jahre	35-54 Jahre	über 55 Jahre
Ja	13%	21%	14%	5%
Nein	87 %	79%	86%	95%

([http://www.demoscope.ch/upload/docs/PDF/Abschlussbericht\\_KAPO.pdf](http://www.demoscope.ch/upload/docs/PDF/Abschlussbericht_KAPO.pdf))

#### 4. Um welche Art der Partizipation es geht.

Eingangs erwähnten wir, dass die Jugendlichen auch immer schon Lösungen für das Problem anbieten, womit wir bei einer wichtigen Klärung wären: Beteiligung an Kriminalprävention kann ja auch Freiwilligen Polizeidienst meinen, wie zum Beispiel in Hessen: In über 90 Städten und Gemeinden sind rund 700 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich zur Stärkung der Sicherheit im Einsatz. Start: 2000. Unter Leitung der örtlichen Polizei wurden die Ehrenamtlichen sorgfältig ausgesucht, ausgebildet und dann z. B. in Parks, in Unterführungen, auf Friedhöfen oder öffentlichen Plätzen eingesetzt. Ziel war und ist, Gewalt und Straftaten durch die Präsenz von Uniformierten erst gar nicht geschehen zu lassen.

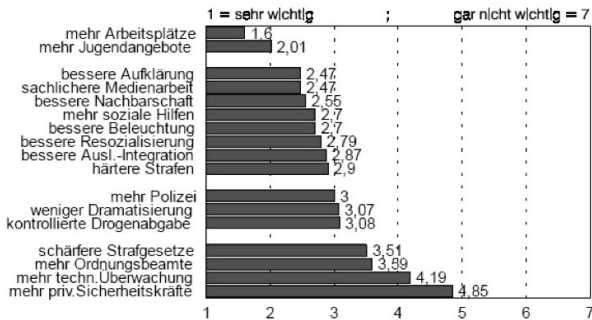


(www.hmdi.hessen.de)

Bürgerbeteiligung, um die es in diesem Beitrag gehen soll, ist in erster Linie das Erkennen und Umsetzen von Bürgerideen zur kommunalen Kriminalprävention. In einer Studie in Bonn wurde dann auch ganz deutlich, was Bürger für „gute“ Prävention halten.

**Einschätzung von präventiven Maßnahmen**

Bonner Befragte insgesamt (Mittelwerte)



Quelle: KRABBE-Projekt, Kriminologisches Seminar der Uni Bonn, 1999

(Bonn 1999, Kriminologische Regionalanalyse)

„Der Stellenwert von strafrechtlich-repressiven Maßnahmen (V19/V23) zur Verbesserung der Sicherheit ist in der Bonner Bevölkerung nicht besonders hoch. Demgegenüber schätzen die Bürger/innen verschiedene sozial-präventive Maßnahmen als sehr viel wichtiger ein“, heißt es dort.

Gleichwohl wollen wir entschieden dem Vorurteil entgegentreten, bei Beteiligungen käme immer nur soziales „Lala“ heraus. Eine Quartiersmanagerin in Stade weiß zu berichten, dass aus einer Bewohnerinitiative heraus die „Aktion Bügernähe“ gegründet wurde, deren Mitglieder sechs Monate lang zwischen 22 Uhr und 3 Uhr morgens Streife gingen, um bei Verdächtigem über das Handy die Polizei zu rufen.

Aus der Erfahrung dieses Dienstes und auf die Initiative der Bewohner hin gibt es seitdem Videoüberwachung der Eingänge, Fahrstühle und Etagen und weitere Wohnblocks drängen darauf, auch solchermaßen überwacht zu werden (auch wenn es bereits Klagen dagegen gibt, dass die Etagen-Kameras in die Wohnung hineinschauen, wenn man die Wohnungstür öffnet).

Wir wollen im Folgenden auf vier Bereiche der Beteiligung eingehen, die direkt und indirekt sicherheitsrelevant sind, auf jeden Fall aber mit dem Wissen und den Erfahrungen der Betroffenen bereichert werden sollten:

- Bürgerinteressen bei Planungen berücksichtigen
- Wehrhafte Räume
- Planungsbeteiligung
- Beteiligung zur Verbesserung des Bestandes

### **5. Bürgerinteressen bei Planungen berücksichtigen**

Verwinkelte, unbeleuchtete Höfe, Hecken, hohe Zäune, Tunnel – Architekten gewinnen Wettbewerbe mit den phantasievollsten Entwürfen. Nicht immer werden dabei die Grundsätze der Kriminalprävention in den Mittelpunkt gestellt und auch die vergebenden Wohnungsbaugesellschaften oder politischen Gremien haben oft nur die Optik im Sinn.



([http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C3311378\\_L20.pdf](http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C3311378_L20.pdf))

Dabei ist es möglich, mit einfachen Mitteln das Wohnumfeld schon in der Planungsphase sicher zu gestalten. Beteiligte man die betroffenen Mieter oder Eigentümer bereits jetzt an der Planung, könnte man die Interessen der zukünftigen Nutzer viel stärker berücksichtigen.

Der Einfachheit halber seien hier die Leitlinien einer kriminalpräventiven Siedlungsgestaltung nach CPTED (crime prevention through environmental design) genannt:

1. Gebäudevorsprünge wie Erker sollen zur besseren Überschaubarkeit des Wohnumfeldes eingeplant werden.
2. Zäune, Mauern, Hecken und andere Grenzmarkierungen sollen abtrennen, aber nicht unübersichtliche Nischen mit Versteckmöglichkeiten erzeugen.
3. Bäume und Strauchbepflanzungen sollen strategisch platziert werden, um das wilde Parken von Fahrzeugen und eine dadurch entstehende Unübersichtlichkeit zu verhindern.
4. Die Anordnung der Fenster von Wohnungen zu Straßen, Fußwegen und Gassen soll soziale Kontrolle und Überwachung ermöglichen.
5. Die Außenbeleuchtung der Wege und Gebäude muss so konzipiert werden, dass keine dunklen Bereiche bestehen. Auch innerhalb der Gebäude darf es keine dunklen Ecken geben.
6. Eine engere, nicht zu großzügige Anlage öffentlicher Flächen und Plätze sichert informelle soziale Kontrolle.
7. Parkplätze sollten sauber und gut beleuchtet, jedoch nicht abgelegen sein, d.h. es müssen Blickbeziehungen von Wohnungen und Wegen aus bestehen.
8. Die Gebäudekonstruktion, Dächer, Eingangsbereiche und Flure sollten keinen unkontrollierten Zugang zu halböffentlichen / halbprivaten und privaten Bereichen erlauben. Die technischen Standards von Türen und Fenstern und die Konstruktion von Balkonen sollen die Zugangsmöglichkeiten Fremder wirkungsvoll behindern.
9. Treppenaufgänge, öffentliche WC-Bereiche, Fahrstühle und Eingangszonen sollen nicht abgetrennt, sondern offen und gut einsehbar geplant werden.
10. Die Zugänge zum Haus erfordern eine gute Einsehbarkeit von den Wohnungen aus.

Gehen Sie einmal mit diesen Leitlinien im Kopf durch eine Neubau-Reihenhaus-Siedlung oder einen Wohnkomplex – offensichtlich sind diese einfachen Grundregeln noch lange kein Allgemeingut. Gerade hier aber können die Akteure im kriminalpräventiven Raum in den Ortsräten und in den Bezirksräten mit ihrem Wissen und ihrer fachlichen Erfahrung eingreifen – auch das ist Beteiligung!

Bei der Planung muss schon mitbedacht werden, dass keine Kriminalität oder Angst begünstigenden Gelegenheitsstrukturen geschaffen werden.

Mögliche städtebauliche Maßnahmen könnten sein:

Sichere Gestaltung des ÖPVN:

z. B. eine gut durchdachte Anlage der Haltestellen, die soziale Kontrolle gewährleistet; gute Beleuchtung; verdichtete Taktzeiten; um Wartezeit zu verringern.

Sichere Gestaltung von Fuß- und Radwegen:

z. B. Führung entlang von Wohngebäuden, keine Bepflanzung, die die Sicht- und Ausweichmöglichkeiten verringert; gute Beleuchtung.

Sichere Gestaltung von Parkhäusern und Tiefgaragen;

z.B. offene und weite Treppenhäuser; kurze Fluchtwege; gute Beleuchtung der Fahrspuren und Abstellplätze.

Sichere Gestaltung von Grünanlagen:

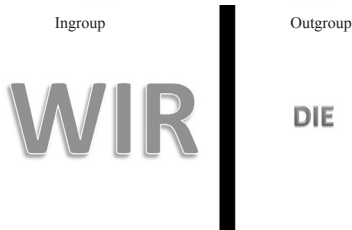
z. B. regelmäßiges Schneiden von Bäumen und Sträuchern; Wechselbeziehungen zwischen Grünanlagen und Bebauung; genügend Parkeingänge.

In dieser Informationsdrucksache der Landeshauptstadt Hannover zu Genderaspekten in der Freiraumplanung werden der Politik und den Planern noch weitere Aspekte aufgezeigt.

## **6. Die wehrhaften Räume**

Wie bekommt man Menschen dazu, sich für seine Mitmenschen einzusetzen? Normal ist das nicht. Mein Auto. Mein Haus. Hohe Zäune und Sichtschutzwände grenzen uns voneinander ab. Der Traum: Das freistehende Einfamilienhaus. Die Realität: Anonymes Wohnen in Reihen- oder Mehrfamilienhäusern.

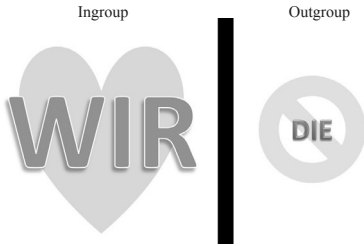
Wenn der Mensch wirklich so ein Einzelgänger ist (und erst in zweiter Linie ein soziales Wesen), dann muss man sich eines Tricks bedienen, sich für den Anderen zu interessieren. Wie alles andere kann die Sozialpsychologie auch dieses Verhalten erklären.



Zunächst einmal grenzt der Mensch sich von anderen ab. Das allerdings macht er ungern allein und lieber in Gesellschaft. Die eigene Gruppe wird dabei als besser und wichtiger angesehen als „die anderen“. Diese Theorie der sozialen Identität wurde 1986 von Henri Tajfel und John C. Turner unter dem Titel „The social identity theory of intergroup behavior“ vorgestellt. Sie beschreibt psychologische Prozesse, die am Zustandekommen von (Inter)-Gruppenprozessen beteiligt sind. Wesentliche empirische Grundlage für die Theorie sind die „minimal-group“ Experimente aus den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, in denen Versuchspersonen – Schüler einer Schule, die sich untereinander gut kannten – zunächst in zwei willkürliche Gruppen eingeteilt wurden. Diese Gruppen waren derart gestaltet, dass den Versuchspersonen beispielsweise eine fiktive Rückmeldung über ihre Bevorzugung entweder des Malers Paul Klee oder des Malers Kandinsky gegeben wurde. Dem entsprechend gehörte dann jede Versuchsperson entweder der Klee-Gruppe oder der Kandinsky-Gruppe an.

Im zweiten Teil der Untersuchung wurden dann die Versuchspersonen gebeten, bestimmte Geldbeträge unter zwei anderen Versuchspersonen aufzuteilen. Wer genau diese Personen waren, war den Versuchspersonen, ebenso wie andere Faktoren, nicht bekannt. Die Versuchspersonen wussten nur, dass eine der beiden Personen der eigenen Gruppe angehörte, während die andere Person der fremden Gruppe angehörte.

Zu diesem Zeitpunkt gab es keinerlei soziale Interaktion zwischen den Gruppen, die Versuchspersonen haben keines der Mitglieder der eigenen oder fremden Gruppe bewusst als solches vorher kennen gelernt und es gab keinerlei Hinweise darauf, dass dies in Zukunft geschehen könnte. Die Gruppe existierte also nur im Kopf der Versuchspersonen, war rein kognitiv und wird daher als minimale Gruppe bezeichnet (Tajfel & Turner, 1986).



Beim Geldverteilen wurde dann die „eigene Gruppe“, die nur in den Köpfen existierte, bevorzugt. Systematisch und konsequent!

Was dieser psychologische Exkurs mit Prävention zu tun hat? Das beschriebene Verhalten kann man sich relativ einfach zu nutze machen, weil jeder Mensch reflexartig genau so reagiert. Meine Gruppe = gut, die andere Gruppe = schlecht.

Ein praktisches Beispiel:

#### 3.2.4 Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung

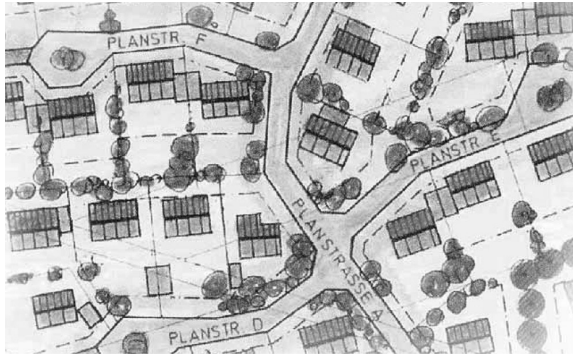
Befragt man die BürgerInnen hinsichtlich der Entwicklung der Kriminalität, unterteilt in die Bereiche „eigener Stadtteil“, „Garbsen allgemein“, „Niedersachsen“ und letztendlich das gesamte „Bundesgebiet“, so wird deutlich, dass die Einschätzung umso positiver ausfällt, je näher man dem eigenen Wohnort kommt.

Glauben rund 75 % der Befragten, dass das Straftatenaufkommen in der Bundesrepublik in den letzten 5 Jahren zugenommen hat, so glauben dieses auf den eigenen Stadtteil bezogen nur noch 32%. Gut 7% der Befragten meinen sogar, dass die Kriminalität vor der eigenen Haustür abgenommen hätte. Ein ähnlicher Trend war auch schon bei der Befragung 2000 auszumachen:

**Je näher man der eigenen Haustür kommt, desto positiver wird das Kriminalitätsaufkommen eingeschätzt.**

*(Kriminologische Regionalanalyse Garbsen 2007, 1. Fortschreibung Mai 2008)*

Kurz: vor meiner Haustür ist es sicherer als anderswo in der Stadt. Und da Sympathie eine Funktion der Nähe und des Kontaktes ist, muss man die Menschen nur in überschaubaren Einheiten zusammenbringen, in „Mini-Nachbarschaften“ zum Beispiel.



([http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C3311378\\_L20.pdf](http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C3311378_L20.pdf))

Die Planzeichnung aus Cloppenburg zeigt einen Entwurf, in dessen Realisierung die BewohnerInnen gar nicht anders können, als sich um einander zu kümmern. Die Nähe, gepaart mit der klaren Abgrenzung zu den „anderen“ Nachbarschaften, lässt die Menschen aufeinander aufpassen und füreinander da sein.

Sein Glück in  
**Linden**  
finden.

Julia Neuse, Torben Schröder und Adina Sawicki:  
„Linden bietet uns alles, was wir zum Wohlfühlen  
brauchen. Menschen aus vielen Nationen sorgen  
für ein zufriedenes Miteinander. Es gibt viel  
Sektiererei, viele Grillabende und im Januar findet  
einmal Kiosk, der bis spät abends geöffnet hat.  
Alternativer Charme und eine tolle Atmosphäre –  
genau die richtige Mischung, um das Leben zu  
genießen.“

Mehr Informationen unter:  
[www.hannover-festfischhaus.de](http://www.hannover-festfischhaus.de)

enercity | Hannover | heißt Zuhause.

(<http://www.hannover.de>)

Ähnliches kann auch in der Großstadt funktionieren: „Die Zielsetzung der Kampagne „Hannover heißt Zuhause“ ist es, ein „Wir-Gefühl“ unter den Menschen in den Stadtteilen zu unterstützen. Die Menschen in dieser Stadt sollen darin bestärkt werden, sich in ihrem Wohnumfeld und damit in Hannover wohl zu fühlen.



© M. K.

Nach **Döhren**  
gehören.

Philipp Döhren und Alessa Farah mit Dornen. „Mitte in der Stadt, dem Mischmasch aus die Löcher und Fäden mit dem geschichtlichen Charme eines Dorfes – Döhren ist wie gemacht für junge Familien. Hier kann jeder leben, und mit dem Erdbeerstrauch auf es nicht nur einen lebendigen Treffpunkt, sondern auch ideale Spielplätze für die Kinder. Wir gestalten es sehr, sehr zu einem und danken sogar über Eigentum nach. Eine schöne Vorstellung.“

Mehr Informationen unter  
[www.hannover-heisst-zuhause.de](http://www.hannover-heisst-zuhause.de)

Hannover heißt Zuhause.

(<http://www.hannover.de>)

Dies soll damit erreicht werden, dass identitätsstiftende Aktivitäten der Bewohnerinnen und Bewohner in den Stadtteilen unterstützt werden. Begleitet durch die Werbemaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit der Kampagne sollen sie einer größeren Öffentlichkeit bewusster gemacht werden, als sichtbares Zeichen eines funktionierenden Stadtteilens, das für das Gefühl „sich Zuhause zu fühlen“ sehr wichtig ist.“ So beschreibt es eine Broschüre der Stadtverwaltung.

Nach **Döhren**  
gehören.

Philipp Döhren und Alena Farah mit Dorian. „Mitten in der Stadt, am Marktplatz an der Ecke und dabei mit dem ganz üblichen Charme eines Dörhens - Döhren ist eine Stadt mit einem Funktion. Man kann sehr schön leben. Und mit dem Stadterlebnis gibt es nicht nur einen lebendigen Treffpunkt, sondern auch ideale Spielmöglichkeiten für die Kinder. Wir genießen es sehr, hier zu wohnen und dabei sogar über Eigentum nach. Eine schöne Vorstellung.“

Mehr Infos können unter  
[www.hannover-horst-zuhause.de](http://www.hannover-horst-zuhause.de)

Hannover heißt Zuhause.

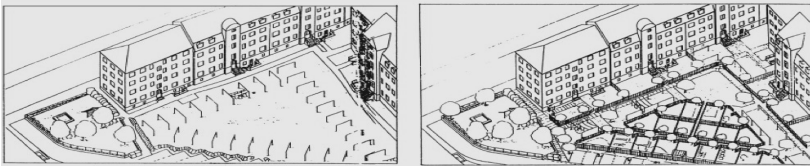
(<http://www.hannover.de>)

(Auch wenn so ein Wir-Gefühl manchmal zum Verlust des Sprach-Gefühls führt...)  
Mit Baumpatenschaften sollen Menschen Verantwortung für die Sauberkeit von Straßenbäumen übernehmen, Spielplatzpaten kümmern sich um Spielplätze in der Nachbarschaft und sollen „das Spielen anleiten, aufpassen und die Kinder verteidigen“, wie die Stadt Dortmund es ausdrückt.



(<http://www.jugendamt.dortmund.de>)

Dieses Gefühl von „Meins!“ und „Unser!“ schaffen in Zeilensiedlungen gemeinsame Grillplätze und Freizeitbereiche oder sogenannte Mietergärten, für die Innenhöfe in Parzellen unterteilt und mit Wegen erschlossen werden.



([http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C3311378\\_L20.pdf](http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C3311378_L20.pdf))

Wenn Mietergärten auf wenig Interesse stoßen, ist auch eine Unterteilung des anonymen Abstandsgrüns in verschiedene ausgewiesene Nutzbereiche denkbar, wie z.B. Spielflächen, Grillplatz oder Liegewiese, bei denen dann ebenfalls Patenschaften zur Pflege vergeben werden können.

Manchmal reicht schon die Wahl eines neuen Wappens für die Erschaffung des Identitäts-Stiftenden „Wir-Gefühls“, wie hier in Garbsen:



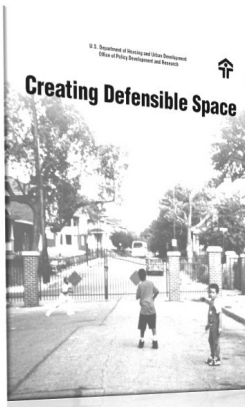
Und erkennt damit das Engagement der Bewohnerschaft als wichtige Komponente der Kriminalprävention, ebenso wie die Übernahme von Verantwortung für Teilbereiche:

Das Abtreten von Verfügungsrechten an die Bewohnerinnen und Bewohner hilft, deren Engagement für das Wohnhaus und die Wohnsiedlung anzuregen und zu fördern. Mit der Übernahme von Verantwortung für einen Mietergarten, für die Pflege des Vorgartens oder für andere Dinge im und am Haus steigt der Interessenspiegel. Besonders bewährt haben sich auch Beteiligungsprozesse: Denn für Wonangelegenheiten, die mit gestaltet worden sind, bringen Bewohner im Allgemeinen ein größeres Verantwortungsgefühl auf.

([http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C3311378\\_L20.pdf](http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C3311378_L20.pdf))

Und all das ist ohne die Beteiligung der Betroffenen nicht denkbar! Hier wird beherztes Mittun der Bewohner und Eigentümer, der Mieter und Verwalter notwendig und sichtbar.

Das Standardwerk und die Grundlage der Theorie der „wehrhaften Räume“ von Oscar Newman aus dem April 1996 ist übrigens legal gratis im Internet erhältlich.



(<http://www.huduser.org/publications/pdf/def.pdf>)

## 7. Planungsbeteiligung

In der Kriminologische Regionalanalyse Greifswald, (2002, Prof. Dr. Manfred Bornewasser (Institut für Psychologie der Universität Greifswald)) kommt der entscheidende Satz auf Seite 94 und er lässt ein gewisses Erstaunen zwischen den Zeilen erkennen.

Die folgende Tabelle 6.2 gibt einen Überblick über die am häufigsten benannten Räume, in denen sich die Bevölkerung in den untersuchten Stadtteilen unsicher fühlt. Dabei fällt insgesamt auf, dass die Nennungen für den eigenen Stadtteil die für andere Stadtteile weit überwiegen. Dieser Befund könnte darauf hindeuten, dass der eigene Stadtteil kognitiv weitaus präsenter und bekannter und grenzüberschreitende Mobilität seltener ist. Wenn die Bürger der Innenstadt sich dennoch sicher fühlen, so könnte dies auch ein Indiz dafür sein, dass sie die benannten Angsträume zu spezifischen Zeitpunkten weitgehend meiden.

Tabelle 6.2: Benannte Unsicherheitsräume in den ausgewählten Stadtteilen

Innenstadt	Schönwalde II	Wieck/Eldena
Wall abends	Allgemein abends	Strand
Dompassage	Makarenkostraße	Studentensteig
Bahnhof	Pappelallee	Eldena Bushaltestelle
Lage Straße		

„Dieser Befund könnte darauf hindeuten, dass der eigene Stadtteil kognitiv weitaus präsenter und bekannter (...) ist.“ Mit anderen Worten: vor meiner eigenen Haustür kenne ich mich besser aus als dort, wo ich nicht wohne und jeden Tag aus und ein gehe.

„Hut ab“ für diese Erkenntnis!

Der Satz beschreibt aber gleichzeitig die rein logische Grundlage jeder Beteiligung: die Betroffenen kennen sich besser mit ihren alltäglichen Dingen und ihrer alltäglichen Umgebung aus als jeder Planer, Politiker oder Polizist. Das ist ebenso trivial wie genial!

*"Die Bürger sind möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidenden Lösungen (...) und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentliche zu unterrichten; ihnen ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben." (Auszug § 3 I BauGB)*

(<http://www.wolfgang-letsche.de/super-wolfi/download/beteiligung.pdf>)

Auch das Baugesetzbuch kennt die Beteiligung und die Wohnungsbaugesellschaften, und diese nicht nur aus sozialem Engagement, sondern aus echten, handfesten finanziellen Interessen:

Die soziale Nachhaltigkeit stützt sich auf das informelle Netzwerk von NachbarInnen, die sich kennen und gemeinsam Probleme im Wohnumfeld lösen. So werden Vandalismus und Fluktation gemindert und Verwaltungskosten gleichzeitig gesenkt. Am wichtigsten aber ist die Stärkung der Bindung untereinander und die Bindung an das Vermietungsunternehmen, um der sozialen Abwertung der Wohnbestände entgegenzuwirken.

([http://www.gundlach-bau.de/doc/Gundlach\\_Nachhaltig.pdf](http://www.gundlach-bau.de/doc/Gundlach_Nachhaltig.pdf))

Aber warum ist das so? Warum sinkt das Vandalismus-Risiko, wenn Menschen an der Planung ihres eigenen Umfeldes beteiligt werden? Ein kleiner Exkurs:

Der Aufsatz „Zerbrochene Fenster: Die Polizei und Sicherheit in der Nachbarschaft“ (Broken Windows: The Police and Neighborhood Safety) von James Q. Wilson und George L. Kelling erschien erstmals 1982 im amerikanischen Magazin Atlantic Monthly. Die darin entwickelte Theorie spitzt den Denkansatz des Neuen Realismus zu und begründete die moderne Methode zur Bekämpfung der Kriminalität in den USA, die unter der Bezeichnung „Keine Toleranz“ (zero tolerance) bekannt geworden ist. Durch eine niedrige Schwelle des Einschreitens gegen Lärmbelästigungen, Straßenprostitution, illegale Autorennen und andere Störungen der öffentlichen Ordnung wird versucht, das Sicherheitsgefühl des Bürgers zu stärken und den öffentlichen Raum wieder zurück zu gewinnen. Bereits der äußerliche Verfall von Gebäuden in einem Viertel erzeuge Furcht. Ein zerbrochenes Fenster in einem Gebäude, das nicht repariert wird, ziehe die Zerstörung der restlichen Fenster des Gebäudes innerhalb kürzester Zeit nach sich.

Wird eines der Fenster einer Häuserfassade eingeschlagen und längere Zeit nicht repariert, so stellt es ein klares Zeichen für die Umwelt dar: Niemand kümmert sich um den Schaden. Es ist schlussendlich egal, ob das Fenster beschädigt ist oder nicht. In der Folge werden daher auch die anderen Fenster des Hauses zerstört werden, da die Tat für den Täter ohne Konsequenzen bleiben wird und der Vandalismus an Fensterscheiben schon immer Spaß gemacht hat. Wörtlich: „... and so breaking more windows costs nothing. (It has always been fun.)“

Dem Aufsatz von Wilson / Kelling liegen Experimente des Psychologen Philip Zimbardo zu Grunde, die aus dem Jahr 1969 stammen. Zimbardo stellte einen Wagen ohne Nummernschilder und mit offener Motorhaube in einer Straße der Bronx ab. Das Auto wurde bereits innerhalb der ersten 10 Minuten, nachdem es abgestellt wurde, von Vandalen heimgesucht. Die ersten waren eine Familie - Vater, Mutter und Sohn -, die den Kühler und die Batterie ausbauten. Innerhalb von vierundzwanzig Stunden wurde faktisch jedes brauchbare Teil des Wagens entwendet. Danach begann eine wahllose Zerstörung: die Fensterscheiben wurden eingeschlagen, Einzelteile

abgerissen, die Polster aufgeschlitzt. Von Kindern wurde der Wagen als Spielplatz genutzt. Die meisten erwachsenen ‚Vandalen‘ waren gut gekleidet und scheinbar ‚ordentliche Weiße‘.



Das Auto in Palo Alto wurde über eine Woche lang nicht angerührt. Daraufhin zertrümmerte Zimbarado einen Teil des Wagens mit einem Vorschlaghammer. Schon bald machten einige vorübergehende Passanten mit. Innerhalb von einigen Stunden lag der Wagen auf dem Dach und war völlig zerstört. Wieder traten als ‚Vandalen‘ in erster Linie respektable Weiße auf.

Seitdem ist klar: Sorgloses Verhalten führt zum Zusammenbruch der informellen Kontrolle. Verschiedene Symptome eines Niedergangs, wie verlassene und verwahrloste Gebäude, angehäufter Abfall oder zerschlagene Fensterscheiben ziehen unerwünschte Personen an.

([http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C3311378\\_L20.pdf](http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C3311378_L20.pdf))

Die Grundlagen guter Planungsbeteiligung sind seit längerem bekannt und können nahezu 1:1 auf die Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention übertragen werden.

Und: die Ergebnisse der Planungsbeteiligungen wirken präventiv.

In einem VHS-Kurs zur Beteiligung von Bewohnerinnen im hannöverschen Stadtteil Roderbruch aus dem Jahr 1989 werden folgende bis heute gültige Empfehlungen abgegeben:

#### EMPFEHLUNGEN

- Bei der Arbeit im Stadtteil zeigt sich, daß die Bewohnerinnen ihr Wohnumfeld durch die tägliche Benutzung sehr genau kennen und Mängel und Konfliktpunkte schnell benennen können.
- Es gibt ein starke Interesse von Frauen an Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung im Stadtteil Boderbruch, soweit sie sich hiervon Verbesserungen ihrer täglichen Lebensbedingungen erhoffen können.
- Zwischen der Mitwirkungsbereitschaft der Frauen und der tatsächlichen Möglichkeit/Bereitschaft der verschiedenen Institutionen zur Investition und Umsetzung von wohnumfeldverbessernden Maßnahmen klafft eine große Lücke. Ohne sichtbare Erfolge aber ist ein Engagement von BewohnerInnen nicht über längere Zeiträume aufrechtzuerhalten.

Arten von Beteiligung:

### **1. Stadtteilkonferenz**

Stadtteilkonferenzen sind offen für alle EinwohnerInnen eines Stadtteils. Hier werden Anliegen, Meinungen, Anregungen, Problematiken unmittelbar vorgetragen. Kein Mittelsmann wie Kommunalpolitiker, Interessensvertreter, Verwalter o.ä. übermittelt, es wird direkt gesprochen. Häufig kommt es hier zu Planungsbeteiligung, Zukunftswerkstatt, etc. aber auch allein der Platz zur Diskussion aktueller Umbaumaßnahmen, wirtschaftlicher Entwicklung und Wohnqualität hilft zur Verbesserung des Stadteilklimas.

### **2. Aktivierende Befragung,**

In benachteiligten Wohnvierteln, um in einem begrenzten Gebiet die Sichtweisen, Interessen und Bedürfnisse der dort lebenden Menschen zu erfahren. Im Unterschied zu anderen Untersuchungs- oder Befragungsmethoden ist eine aktivierende Befragung gleichzeitig der völlig offene Beginn von Veränderungen, durch Aktionen der dort lebenden und betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Menschen nur dann bereit sind, sich für etwas zu engagieren, wenn es in ihrem eigenen Interesse liegt und sie von dessen Notwendigkeit überzeugt sind, gilt es durch aktivierende Gespräche herauszufinden, wie die Betroffenen denken und fühlen, was sie als veränderungsbedürftig ansehen und was sie bereit sind zu tun, damit sich etwas ändert.

### **3. Planungszelle**

Eine Planungszelle ist eine Gruppe von ca. 25 im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die für ca. eine Woche von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt werden, um in Gruppen Lösungsvorschläge für ein vorgegebenes Planungsproblem zu erarbeiten. Die Ergebnisse ihrer Beratungen werden in einem sog. Bürgergutachten zusammengefasst. Dafür bekommen sie Geld und Unterstützung von Fachleuten.

### **4. Anwaltsplanung**

Planungsbetroffene sind zumeist keine Planungsfachleute: Sie vermögen nicht genau abzusehen, was auf sie zukommt, welche Gründe für die Planungskonzepte Ausschlag gebend sind und welche Alternativen denkbar wären. Das Konzept der Anwaltsplanung sieht daher vor, insbesondere artikulationschwache oder sozial benachteiligte Bewohnergruppen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen zu unterstützen. Zu diesem Zweck werden ihnen in Planungsfragen erfahrene Fachleute (»Bürgeranwälte«) zur Seite gestellt, die sie beraten und ihnen bei der Vertretung ihrer Interessen in kommunalen und staatlichen Gremien helfen.

### **5. Bürgerausstellung**

Innensichten von Bürgern in Form von Interviewausschnitten werden zusammen mit Fotografien der Bürger und des Stadtviertels ausgestellt. Ziel der Bürgerausstellung ist es, Einstellungen, Ziele und Motivationen von Interessengruppen - etwa den Bewohnern eines Stadtviertels, der Stadtverwaltung, privatwirtschaftlicher Investoren – offen zu legen und einen öffentlichen Dialog darüber zu ermöglichen.

### **6. Kinder- und Jugendbeteiligung**

Malen, Basteln, Träumen. Oder wie am Bonifatiusplatz in Hannover geschehen, jeden Hundehaufen mit einem kleinen Fähnchen markieren – schneller kann man die Politik nicht von der Notwendigkeit von Maßnahmen gegen Hundekot überzeugen! (Auf das dazugehörige Bild wird mit Rücksicht auf die Leser verzichtet...)

### **8. Beteiligung zur Verbesserung des Bestandes**

Trotz der Vielzahl der Möglichkeiten, Fehler durch Planungsbeteiligung zu vermeiden, kamen und kommen diese immer wieder vor, so dass es wichtig ist, auch Menschen im Bestand zu beteiligen, um diesen zu verbessern und aufzuwerten.

Das meiste hierfür nötige Wissen besteht bereits: Die BewohnerInnen wissen ganz genau, wann sie sich wo wohl fühlen, ob es Unsicherheits- und Gefahrenstellen gibt, welche Bereiche sie wann meiden.

Die Haupt-Planungsziele sind hierbei:

1. Orientierung: Logisch nachvollziehbare Wegeführung, Hinweisschilder, sichtbare Orientierungspunkte
2. Übersicht und Einsehbarkeit: Glastüren, keine Sackgassen, Mülltonnen nicht verstecken, keine hohen Hecken neben einem Weg
3. Beleuchtung und Belichtung: Lampen, die nicht nur Fahrbahnen, sondern auch Fußwege beleuchten, Ausschneiden von Hecken und Bäumen, damit länger Tageslicht die Wege erreicht
4. Zugänglichkeit und Verantwortlichkeit: Kleinteiliges Erschließungssystem schafft überschaubare Einheiten
5. Belebung und Abbau von Anonymität: Wohnformen mischen, damit Nutzer mit unterschiedlichen Alltagsabläufen durchgehend die Gegend beleben

Für Beteiligungen in der Bestandsbeurteilung gibt es mittlerweile einige Handreichungen, wie z.B. von den PlanungsFachFrauen Hannover, die einfache bebilderte Checklisten für verschiedene Beurteilungssituationen entwickelt haben.

Natürlich stehen für den Bestand auch alle bereits zuvor genannten Beteiligungsverfahren zur Verfügung.

## **Inhalt**

Vorwort 1

### **I. Der 13. Deutsche Präventionstag im Überblick**

*Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner*  
Leipziger Erklärung 5

*Erich Marks / Karla Schmitz*  
Der 13. Deutsche Präventionstag im Überblick 9

*Wiebke Steffen*  
Gutachten zum 13. Deutschen Präventionstag: Engagierte Bürger– sichere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention 25

*Christian Pfeiffer*  
Eröffnungsvortrag: Prävention durch bürgerschaftliches Engagement? 73

*Rainer Strobl / Olaf Lobermeier*  
Evaluation des 13. Deutschen Präventionstages 111

### **II. Forschungsberichte**

*Bernhard Frevel / Wolfgang Kahl / Marcus Kober / Verena Schreiber /  
Henning van den Brink / Jens Wurtzbacher*  
Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus  
der aktuellen Forschung (Teil 1) zu Konzeption und Wirklichkeit 143

*Wolfgang Kahl / Marcus Kober*  
Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention: Beiträge aus  
der aktuellen Forschung (Teil 2) zu den Entwicklungsmöglichkeiten 161

*Hermann Groß / Arthur Kreuzer*  
Ehrenamtliche Polizei als Scharnier zwischen Bürger und Polizei? 171

*Dieter Hermann*  
Sozialkapital und Sicherheit 181

*Sandra Legge / Julia Marth*  
Sozialraum und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit:  
Neue Ansätze zur Stärkung der Zivilgesellschaft 201

<i>Erich Marks / Valérie Sagant</i> Das internationale Zentrum für Kriminalprävention und sein erster Bericht über Kriminalprävention und gesellschaftliche Sicherheit (2008)	217
<i>Hans-Dieter Schwind</i> Zivilcourage – wann wird geholfen und wann eher nicht?	237
<b>III Praxisbeispiele</b>	
<i>Sabine Bätzing / Thomas Duprée / Ulrich Fricke / Jörg Maywald / Heinz-Jörg Panzner</i> Das Engagement der Lions Clubs für die Jugend – Die drei Lebens- kompetenzprogramme	243
<i>Monika Dehmel / Gregor Dehmel</i> Beteiligung schafft Sicherheit	251
<i>Norbert Friedrich / Jörg Seedorf</i> Mut gegen Gewalt in Bremerhaven	273
<i>Angelos Giannakopoulos / Angela Keller-Herzog / Dirk Tänzler</i> „ALAC“ (Advocacy and Legal Advice Centres): Ein innovatives Instrument von „Transparency International“ gegen Korruption durch aktive Bürgerbeteiligung und die Bedeutung der Kooperation zwischen zivilgesell- schaftlichen Organisationen und Sozialwissenschaft	277
<i>Frank Goldberg</i> Global denken, lokal handeln: Kriminalpräventive Bürgerbeteiligung unter dem Gesichtspunkt der Partizipation, Transparenz und Effizienz	289
<i>Siegfried Haller</i> Netzwerke und Zivilgesellschaft – Kinder- und Jugendkriminalprävention – Eine Aufgabe – viele Akteure	299
<i>Kornelia Kamla</i> Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe	313
<i>Susanne Kirchhoff / Kati Zenk</i> Mehr Sicherheit durch eine neue Streitkultur?	321
<i>Thomas Krüger</i> Politische Bildung, Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt	327

<i>Dieter Meißner / Rainer Mollik</i> „Betreuungslotse Dresden“	337
<i>Hanna Müsch</i> Das Leipziger Bürgercafé auf dem 13. Deutschen Präventionstag	359
<i>Günter Rieger / Siegfried Bayer / Hans-Alfred Blumenstein</i> Das Ehrenamt bei gemeinnützigen Organisationen der Opfer- und Straffälligenhilfe	371
<b>IV Autoren</b>	389